Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 80 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 58 — **Dienstag, den 9. März 1920** — **48. Jahrgang**

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 8. März.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Vorschulen. Minister Koch: Dem Programm der Reichsregierung in der Schulfrage konnte das Gesetz über die Grundschule und die Aufhebung der Vorschulen vorweg genommen werden, weil dieser Punkt in der Reichsverfassung eindeutig geregelt worden ist. Das Gesetz regelt nur die Grundzüge und überläßt das Einzelne den örtlichen Verhältnissen. Die Frage, die vorliegt, ist nicht schultechnischer, sondern sozialer Natur. — Abg. Pfeil (Soz.): Der Abbau der Vorschulen ist die notwendige Voraussetzung für die verfassungsmäßig gesicherte Grundlage. Wir beantragen, das Gesetz heute in allen drei Lesungen zu erledigen. — Abg. Obersohren (D.-N.): Die Vorschule ist keine Standesschule (Widerspruch links), aber die Volksschule der Großstädte ist eine Proletarierschule und daher sind wir für Aufhebung der Vorschulen. Wir beantragen Ausschußberatung. — Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) schlägt Ueberweisung an eine eigene Kommission von 28 Mitgliedern vor, welchem Antrage nach weiteren Erörterungen stattgegeben wird:

Die erste Beratung des Entwurfes eines Besitzsteuergesetzes, welches Unterstaatssekretär Mösle begründet, wird zunächst vertagt. Der Gesetzentwurf betr. Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche geht an den Verfassungsausschuß. — Nachdem noch der Gesetzentwurf betr. Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet in allen drei Lesungen erledigt war, wird das Besitzsteuergesetz ohne weitere Aussprache dem 10. Ausschuß überwiesen.

Der Vorfall im Hotel Adlon.

Prinz Joachim Albrecht von Preußen hat gestern nachmittag in seiner zweiten Vernehmung im Polizeipräsidium seine Angaben, nach welchen er an dem Vorfall im Hotel Adlon nicht beteiligt gewesen ist, aufrecht erhalten. Sehr belastend für den Prinzen sind die Angaben der beiden Kellner, die während der Szene anwesend waren. Sie behaupten, daß der Prinz zuerst ein Weinglas nach dem Mittelstisch, wo die französischen Gäste saßen, geworfen und dann einen auf dem Tisch stehenden Leuchter mit einem brennenden Licht ergriffen habe, um ihn ebenfalls gegen die Franzosen zu werfen. Nur ihr Dazwischentreten habe ihn daran gehindert. Graf Metternich, der ebenfalls die beschriebenen Vorgänge gesehen haben will, war trotz Aufforderung nicht im Polizeipräsidium erschienen. Die zahlreichen Gäste, die Zeugen des Vorfalles waren, gaben bei ihrer Vernehmung an, daß sie nichts von einem Angriff des Prinzen auf die französischen Herren gesehen hätten. Dies bekunde auch der ehemalige russische Staatsrat von Hasfeld, der neben dem Prinzen gesessen hat. Die Angaben der Kellner stehen danach mit denen der Gäste in schärfstem Widerspruch. Gestern Nachmittag ist der Prinz auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft dem ersten Staatsanwalt Dr. Weißmann übergeben worden, der die Untersuchung der Angelegenheit weiterführen soll. — Von einem Augenzeugen wird der „Telegraphen-Union" über den Vorfall, der sich im Hotel Adlon abspielte, mit der Bitte berichtet, auch diese Darstellung aus Billigkeitsgründen zur Veröffentlichung zu bringen. Zunächst wird festgestellt, daß sich Prinz Joachim Albrecht in keiner Weise an den Tätlichkeiten, zu denen es leider gekommen ist, beteiligt hat. Es wird weiter behauptet, daß nur ein Herr der französischen Mission ostentativ sitzen geblieben ist, während drei andere Mitglieder der Situation Rechnung trugen und den Saal unauffällig verließen. Plötzlich sprang der sitzengebliebene Herr vom Tische auf und schlug einen ihm nahestehenden Herrn mit der Faust ins Gesicht, worauf sich des Publikums eine berechtigte Empörung bemächtigte und es zur Selbsthilfe griff. Der Franzose wurde gezwungen, sofort den Saal zu verlassen.

Im Hotel Adlon fand eine Sitzung der französischen Mission unter dem Vorsitz des Generals Nollet statt, in der über die zu ergreifenden Schritte beraten wurde. Es ist, wie eine Zeitung zu berichten weiß, durchaus nicht unmöglich, daß Kapitän Klein und die anderen Franzosen an den Prinzen Joachim Albrecht und den Rittmeister v. Platen Duellforderungen ergehen lassen werden. — Das Auswärtige Amt hat sich gestern vormittag nach dem Befinden der am Sonnabend im Hotel Adlon Verletzten erkundigt und ihnen das Bedauern über den Vorfall aussprechen lassen. Gegen Mittag sprachen der französische Geschäftsträger und der General Nollet in der Angelegenheit bei dem Außenminister vor. Minister Müller drückte ihnen das Bedauern der Regierung aus. Er erklärte, daß eine strenge Untersuchung des Falles eingeleitet worden sei und die Schuldigen bestraft werden würden.

Amerika.

Vom „Jenseits des großen Ententeteiches" sollen und müssen wir Nahrungsmittel bekommen, um unsere Bevölkerung über die Hungerzeit vor der neuen Ernte hinweg zu bringen. Und dieselbe Quelle muß uns Rohstoffe besorgen, Baumwolle, Kupfer vor allem, womit wir unsere Industrie ins Laufen bringen können. Wir verfolgen so seit langem schon mit peinlichster Sorge die Vorgänge im politischen Leben der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sehen das Ringen um und gegen den Friedensvertrag, und jetzt mehr und mehr auch für und gegen Wilson, den Kampf um die neue Präsidentschaft.

Die Präsidentenwahl wirft ihre Schatten voraus. Alle 4 Jahre ist der Präsident neu zu wählen. Die letzte Wahl war um die Jahreswende 1916/17. Damals wurde Wilson zum zweiten Male gewählt. Mehr als zwei Wahlperioden darf nach der Verfassung niemand Präsident sein. Also muß Wilson jetzt zurücktreten. Wer wird sein Nachfolger sein und wie wird er uns gegenüber gestimmt sein?

In Betracht kommen nur zwei Parteien, die rechtsstehende republikanische und die linksstehende demokratische. Außerdem gab es vorübergehend noch die neue liberale-soziale Partei der „Progressisten" des ehemaligen Schaumschläger-Präsidenten Roosevelt („der Freund des deutschen Kaisers", was ihn aber nicht hinderte, im Kriege gegen uns zu hetzen), zwei unbedeutende sozialistische Parteien, und endlich noch die Prohibitionisten-Partei, die man drastisch die Partei der verdrehten Köpfe nennen kann, deren es drüben besonders viele gibt.

Die Wahl vollzieht sich direkt, jeder Mann hat eine Stimme. Bevor diese Nationalconvente zusammentreten, haben aber die einzelstaatlichen Conventе für den Nationalconvent ihre Vorschläge zu machen, und diese Tagungen haben soeben ihren Anfang genommen. Der demokratische Nationalconvent von Newyork hat den Staatssekretär für Rechtspflege, Palmer, aufgestellt. Wenn in allen Staaten beide Parteien diese Aufstellung vorgenommen haben, treten im Sommer die Nationalconvente zusammen und erklären den endgültigen Kandidaten. Wahltag ist dann der „erste Dienstag nach dem ersten Montag im November". Dann werden die Wahlmänner in allen Staaten gewählt. Die Wahlmänner sind natürlich in der Stimmenabgabe bei der endgültigen Wahl frei, aber wehe ihnen wenn sie aus der Reihe tanzen; die Parteien wissen also nach dem Ausgang der Wahlmännerwahlen im November bereits Bescheid. Im zweiten Monat, im Januar, also nach ca. 8 Wochen, treten die Wahlmänner eines jeden Staates in der Staats-Hauptstadt zusammen und wählen den Präsidenten. Ihre Stimmzettel werden nach Washington gesandt, wo sie am zweiten Mittwoch im Februar geöffnet werden. Dann erst ist die Präsidentenwahl vollzogen. Die Wahl dauert also bald ein volles Jahr und dieses Jahr hindurch regt sich Uncle Sam weidlich darüber auf. Leider haben wir dieses Mal diese Wahlaufregungen mitzumachen. Die Republikaner sind unsere geborenen Feinde. In dieser Partei herrscht der alte englische Quäkergeist, der im und vor dem Kriege alles getan hat, was möglich war, uns Deutsche niederzuringen. Auf der Gegenseite, die Demokraten, sind die eigentlichen Vertreter der Ausfuhr; besonders die agrarisch interessierten Kreise der Weststaaten sind in der Demokratie vertreten. Die wünschen gute Beziehungen mit allen Absatzgebieten in der Welt, also auch mit uns. Auf der anderen Seite waren sie uns früher sehr feindlich gesinnt unter dem Eindrucke der übertriebenen Darstellungen der Unfreiheit, die in Preußen Deutschland herrschen sollte.

Was wir von Amerika erhoffen, ist Kredit und Rohstoffe. Beides Sachen, bei denen uns die geringere Abneigung der Demokraten weniger helfen kann als die großen Machtmittel der Republikaner. Wir sitzen da zwischen zwei Stühlen und unsere Hoffnung wird sich vorgend mehr als bisher auf der Persönlichkeit der Kandidaten zu vereinigen haben; denn die Persönlichkeit des kommenden Präsidenten wird für uns äußerst wichtig sein, weil von ihr Maßnahmen ausgehen werden, die vielleicht für Jahrzehnte, für unseren ganzen Wiederaufbau, von höchster Bedeutung sein werden.

Spartakus u. Landwirtschaft.

W. W. Solange eine Partei in der Opposition steht, kann sie es sich leisten, ihre Kritik im wesentlichen auf ausgewählte Gebiete zu beschränken; sobald die Partei aber zur Macht kommt, muß sie sich mit allen vorhandenen Fragen auseinandersetzen. Der kommunistische Bolschewismus, der in Rußland fast über Nacht zur Herrschaft gelangte, konnte nicht an dem wichtigsten russischen Wirtschaftsproblem, der Landfrage vorübergehen. — Die deutsche Sozialdemokratie, die bekanntlich vor dem Kriege eine einheitliche Partei von Ebert und Scheidemann bildete, hat sich auf ihren Parteitagen wiederholt mit der Sozialisierung der Landwirtschaft beschäftigt. Es wurden verschiedentlich einzehende und wirklich sachkundige Referate gehalten, aber zu einem klaren Beschluß ist es nie gekommen. Der Grund ist klar: Die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung ist leidenschaftliche Gegnerin des Gemeinbesitzes am Grund und Boden. Jede Propaganda-Tätigkeit auf dem Lande wäre unmöglich geworden, wenn die Sozialdemokratie mit der Forderung hervorgetreten wäre, der Eigenbesitz in der Landwirtschaft müsse aufgehoben oder auch nur abgebaut werden.

Es ist Lebensbedürfnis für jede Propagandatätigkeit, in einem zu bearbeitenden Gebiet einen Teil der Interessenten zu gewinnen und in gegen die anderen auszuspielen. Die russische Räteregierung hob den Großgrundbesitz auf und zerschlug die Staats- und Kirchengüter. Die landarmen und landlosen Bauern bilden in Rußland die erdrückende Mehrheit. Diese Mehrheit war nur dadurch zu gewinnen, daß man ihr eigenes Land in zureichender Menge in Aussicht stellte. Die Sowjet-Regierung stützt sich auf das ländliche Proletariat und bekämpft den Gutsbesitzer und den Großbauern („Kulak" Faust genannt). Das in weiten Gegenden Rußlands bisher herrschende Eigentum der Gemeinde am Grund und Boden gestattete der Sowjet-Regierung, an Vorhandenes anzuknüpfen. Die Hetze der Räteregierung gegen Großgrundbesitzer und Großbauern bietet genug Propagandamaterial, um die Masse der ländlichen Bevölkerung wenigstens in lauer Anhängerschaft zu erhalten.

Das Landwirtschafts-Programm des deutschen Kommunismus zeigt deutlich, daß hier große Teile der Ideen geopfert werden, um mit der Propaganda auf dem Lande einzudringen. Der Kommunismus verlangt doch die „Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln", also des Eigentums an Grund und Boden. § 19 des kommunistischen Landwirtschaftsprogramms enthält aber folgenden Satz: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet." Hier wird also ganz deutlich Gelegenheits-Politik getrieben. Die Masse der deutschen Bauern, die eine Art natürlichen Gegensatzes gegenüber den Großgrundbesitzern empfinden, soll über die grundsätzlichen Forderungen des Kommunismus getäuscht und im scharfen Gegensatz zu ihren großgrundbesitzlichen Berufsgenossen gebracht werden. Wohlweislich unterscheidet das kommunistische Agrarprogramm nur zwischen „Großgrundbesitzern" und „Kleinbauern". Auch ist die Erklärung, was mit diesen beiden Worten gemeint ist, dehnbar; an keiner Stelle wird etwas von den Mittelbauern gesagt, gegen die sich der russische Kommunismus so scharf wendet. Der deutsche Kommunismus verlangt die Uebernahme des Gutsbetriebes durch die dort ständig beschäftigten Landarbeiter, Gutshandwerker, Angestellten und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen. Den Kleinbauern wird freigestellt, ihre Betriebe zu genossenschaftlichen Großbetrieben zusammenzulegen.

Der Grundgedanke einer kommunistischen Agrarreform ist der, daß durch Gemeinbesitz und Gemeinbetrieb die Ergiebigkeit des Landbaues gesteigert würde. Das russische Beispiel lehrt aber das Gegenteil. In den Teilen Groß-Rußlands, wo der Gemeinbesitz am Grund und Boden vorherrschte, ist die Ergiebigkeit des Bodens auf tiefer Stufe stehen geblieben, und dazu nichts geschehen, um dem Boden die entzogenen Kräfte wieder zuzuführen. Erbenbesitz hat Selbstverantwortlichkeit zur Folge; Selbstverantwortlichkeit bringt vernünftige Betriebsführung und Sparsamkeit mit sich. Eine Bauernfamilie, die seit Jahrhunderten ein Landstück bearbeitet und von ihm gelebt hat, ist mit ihrem Boden so innig verwachsen, wie mit einem nahen Anverwandten. Selbst wenn Gemeinbesitz und Gemeinbewirtschaftung des Landes die Produktivität steigern würden, würde der Bauer mit seinem Leben für seinen Erbenbesitz einstehen. Das höchste Ideal des Lebens ist nämlich nicht Rentabilität, sondern die persönlichen Beziehung des Menschen zu seiner Umgebung und seiner Arbeit!" Dr. Croll.

Tagesereignisse.

— **(Hindenburg wieder bereit!)** Unter der Ueberschrift „Parole Hindenburg" schreibt der Hannoversche Kurier an der Spitze eines Leitartikels: Wie wir aus der Umgebung Hindenburgs hören, ist die Nachricht seiner Geneigtheit, die Wahl zum Reichspräsidenten anzunehmen, in der Form zutreffend, daß er bereit sein würde, seine Dienste zur Verfügung zu stellen, falls es dem Wunsche der breitesten vaterländischen Kreise entspricht.

— **(Verzicht auf die Auslieferung des Exkaisers.)** Die Preßinformation meldet aus London: Die alliierten Mächte werden auf die holländische Antwortnote eine dritte Erwiderung folgen lassen. Man versichert, daß die alliierten Mächte auf die Forderung verzichten, falls die vollständige Garantie und Bürgschaft für eine ausreichende Bewachung des deutschen Kaisers gewährleistet werde, dessen Bewegungsfreiheit sich über bestimmt gehaltene Grenzen, die gegenseitig zu vereinbaren sind, nicht ausdehnen dürfe.

Der Exkaiser wird Anfang April zu dauerndem Aufenthalt von Amerongen nach Schloß Doorn übersiedeln. Auf besonderes Verlangen des Kaisers (??) werden um das Gebäude zwei Drahtzäune und eine Ziegelsteinmauer geführt, um es vor Neugierigen zu schützen.

— **(Französische Niederträchtigkeiten in Flensburg.)** Die Klagen über die Ausschreitungen der französischen Besatzungstruppen in Flensburg wollen nicht verstummen. Täglich laufen Beschwerden bei dem deutschen Bevollmächtigten der internationalen Kommission ein. Die Erregung der Bevölkerung ist allgemein, da sie fortgesetzten Anpöbelungen durch die französischen Alpenjäger ausgesetzt ist. Die Passanten, die auf dem Bürgersteig vorübergehen, werden unter Stößen mit dem Gewehrkolben belehrt, daß sie den Fahrdamm zu passieren haben. Ein Arbeiter wurde so zugerichtet, daß er nach ärztlicher Aussage mehrere Tage arbeitsunfähig ist. Ein Buchhalter wurde mit Kolbenschlägen und unter Drohung mit dem Bajonett und eine Dame mit Faustschlägen auf den Fahrdamm genötigt. Einen anderen Passanten beschimpfte ein Posten mit deutscher Schweinhund. Ein Arzt, der auf diesen Ausruf hin stehen blieb, bekam den Gewehrkolben zu kosten. Auch gegen das Tragen deutscher Abzeichen pflegen die Franzosen unter Drohungen und Tätlichkeiten rücksichtslos einzuschreiten.

— **(Ausschreitungen gegen Ententeoffiziere in Bremen.)** Eine französische Offizierskommission, bestehend aus zwei Offizieren, erschien gestern mittag in der Kaserne, um sich beim Garnisonkommando zu melden. Die Herren hatten die Aufgabe, bestimmte militärische Einrichtungen zu besichtigen. Da die Offiziere in Uniform erschienen waren und außerdem sämtliche Orden angelegt hatten, wurde ihnen vom Garnisonkommando empfohlen, künftig ihre Besuche lieber in Zivil vorzunehmen, um sich nicht etwaigen Zwischenfällen auszusetzen. Als die Offiziere die Kaserne verließen, wurden sie von einer Menschenmenge, die sich in den benachbarten Straßen angesammelt hatte, stark bedrängt, wobei ein Offizier zu Boden fiel und von der Menge noch Stöße erhielt. Der deutsche Offizier, der die Franzosen begleitete, brachte sie in eine nahegelegene Fabrik, deren Zugang von Schutzleuten abgesperrt wurde. Mannschaften der Sicherheitspolizei nahmen darauf eine Absperrung der ganzen Straße vor. Die Offiziere, die glücklicherweise keine ernsten Verletzungen erlitten hatten, wurden darauf unter Bedeckung in einem Automobil in ihre Wohnung geschafft.

— **(Die Unzufriedenheit in Danzig.)** Die deutsch-demokratische Partei für den Freistaat Danzig hielt Sonntag einen Parteitag ab, auf dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Regiment Towers einer Diktatur gleiche, die sich die Bevölkerung Danzigs nicht länger gefallen lassen könne. Wenn die Wahlen nicht möglichst bald stattfänden, drohe das ganze Wirtschaftsleben Danzigs zu erstarren. Danziger Wirtschaftspolitiker werfen, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, jetzt den Plan auf, die nordamerikanische Dollarwährung im Freistaat Danzig einzuführen. An der Durchführbarkeit dieser Idee sei zu zweifeln.

— **Eine polnische Hetze** gegen die Sicherheitswehr hat jetzt insofern doch einen Erfolg gehabt, als der Sicherheitswehr teilweise die Waffen abgenommen worden sind. So darf in Beuthen jede Hundertschaft nur 25 Karabiner behalten und die alten Trommelrevolver, die zum Kampfe gegen die immer stärker auftretenden und mit den modernsten Waffen ausgerüsteten polnischen Verbrecherbanden völlig unzureichend sind. Diese Banden sind nach dem kürzlich erfolgten Amnestieerlaß wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

— **Drangsalierung des Badeortes Kreuznach.** Die Franzosen haben versucht, das Kurhaus von Kreuznach in ihre Hände zu bringen. Die Versuche scheiterten jedoch an dem Widerstand der Ortsbehörden. Nunmehr wird versucht, das Ziel auf dem Wege einer unerhörten Drangsalierung zu erreichen. Es wird nämlich so viel Militär in den Badeort gelegt, daß der Ort nicht mehr in der Lage ist, die feindlichen Besatzungstruppen unterzubringen. Man hofft, wohl auf diesem Wege die Bevölkerung mürbe zu machen.

— **(Der Dnjester von bolschewistischen Truppen überschritten.)** Die Stockholmer Zeitung „Afton-Bladet" meldet, daß nach einem Telegramm aus Reval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann den Dnjester an mehreren Punkten überschritten hätten und bald in Bessarabien einrücken würden. Die rumänischen Truppen seien geschlagen. In Rumänien halte man die Lage für kritisch.

— **(Die Elternbeiratswahlen in Berlin.)** Anläßlich der Elternbeiratswahlen, die Sonntag in Berlin stattfanden, war in den höheren Lehranstalten von einem Wahlkampf nichts zu spüren. Die Beteiligung betrug kaum mehr als 35 bis 40%. Es waren meist unpolitische Listen aufgestellt. In den Gemeindeschulen war das Bild ein anderes. Hier standen die Bürgerlich-christliche Partei, die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen in scharfem Kampfe einander gegenüber. Dem „Vorwärts" zufolge erhielten nach den bis 11 Uhr abends vorliegenden Teilresultaten die Sozialdemokraten 200, die Unabhängigen 570 und die Christlich-Unpolitischen 620 Mandate.

— **(Kundgebung gegen die Ausbeutung der Bevölkerung.)** Wolffs Büro meldet: Sonntag mittag fanden in München auf dem Lenbachplatz und vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwache und der Reichswehr aufgehalten und räumten den Platz, nachdem ein Vorstandsmitglied vom deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund, das inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden war, beruhigende Erklärungen abgegeben hatte.

Erzberger-Helfferich-Prozeß.

(W) Oberstaatsanwalt v. Krause erklärte in seiner Replik: Uns allen liegt am Herzen die Reinigung unseres öffentlichen Lebens. Der Oberstaatsanwalt widerspricht der Auffassung des Geheimrats v. Gordon, als ob die Staatsanwaltschaft mit fliegenden Fahnen in die Reihen der Gegner übergegangen sei. Nur habe sich im Verlaufe der Verhandlungen das Bild zu Ungunsten des Nebenklägers verändert. Dem Angeklagten sei es gelungen, eine Reihe von Vorwürfen als begründet zu erweisen. Der Oberstaatsanwalt geht dann auf die einzelnen Punkte, soweit sie die Verquickung von parlamentarischer mit geschäftlicher Tätigkeit betreffen, ein und schließt mit der Erklärung, daß er auf seinem Antrage bestehen bleiben müsse. — Der Erste Staatsanwalt v. Klausewitz führte aus, daß Erzberger in seiner Rede in der Nationalversammlung ohne Zweifel außer anderen Persönlichkeiten, wie z. B. Geheimrat Hugenberg, auch dem Angeklagten Helfferich mit der Auslieferung drohte. — Nach der Mittagspause ergriff

Erzberger

das Wort zu längeren Ausführungen: Man wollte mit dem Kampf gegen seine Person die Demokratie treffen und die ruhige Entwickelung aufhalten. Die heutige Regierung sollte beseitigt werden. Durch seine politische Ausschaltung wollte man das deutsche Volk beherrschen. Im Juli 1917 wollte er das Volk aufklären, um es vor dem Untergang zu retten. Die Juliaktion 1917 wurde die Rettung vor dem drohenden inneren Zusammenbruch. Damals habe man auf ihn nicht gehört bis nach mehr als Jahresfrist. Alles kam, wie es kommen mußte. Die Oktoberverfassung 1918 war ein großer Sieg der Demokratie. Zu dem Leidensgang nach Compiegne habe er sich nicht gedrängt, aber sich dem Zwange der Notwendigkeit gefügt. Erzberger verliest sodann die Instruktion, die er im Walde von Compiegne empfing, wonach Hindenburg eine Reihe von Punkten telegraphierte, in denen eine Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen anzustreben sei. Am Schlusse des Telegramms heißt es: Gelingt die Durchführung dieser Punkte nicht, wäre er trotzdem abzuschließen. Der Reichskanzler telegraphierte gleichzeitig, daß Erzberger zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes ermächtigt sei. Als der Friedensschluß herankam, habe er (Erzberger) für die Ablehnung die Verantwortung nicht tragen können und wollte aus dem Kabinett ausscheiden, da die Ablehnung des Friedens die Fortsetzung des blutigen Krieges, den Verlust der nationalen Einheit und den mörderischen Bruderkrieg bedeutet hätte. Zuversichtlich habe er aber damals gerechnet, daß der Friedensvertrag nicht fortdauern könne. Jeder Tag bestätige seine Annahme. Wegen dieser seiner nationalen Pflichterfüllung sei er heftig angegriffen worden. Drei Mordanschläge wurden verübt. Nach Uebernahme des Reichsfinanzministeriums, des undankbarsten Amtes für alle Zeiten, habe er durch rasches Handeln die Grundlage für das reichseigene Steuerwesen geschaffen. Erzberger führte sodann die im einzelnen aufgearbeiteten Gesetze und Gesetzesvorlagen an und betonte, mit ruhigem Gewissen habe er den Gerichtssaal betreten und verlasse ihn erhobenen Hauptes. Die Fehler seines guten Charakters seien hervorgekehrt worden: Allzu große Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe auf der einen Seite und Vertrauen zu Hilfesuchenden auf der anderen Seite. Zahlreiche Zeugen aus allen Kreisen und auch Abgeordnete hätten sich erboten, zu bekunden, daß das von seiner politischen Tätigkeit vor Gericht entworfene Bild ein Zerrbild sei. Er hätte, ohne sich einem berechtigten Angriff auszusetzen, Millionen verdienen können. Er habe es abgelehnt und durch ehrliche wirkliche Arbeit ein bescheidenes Vermögen erworben. Wenn er das Finanzministerium verlasse, werde er ärmer sein, als er es betreten habe. Was er getan habe, sei auch in anderen Parlamenten üblich. Die Beweisaufnahme habe auch ergeben, daß er keinerlei Mißbrauch mit seinem Mandat und seinem politischen Einfluß getrieben habe. Die meisten der von dem Angeklagten bemängelten Tatsachen seien in die Amtszeit, ja in das Ressort Helfferichs. Warum habe Helfferich bis März 1919 geschwiegen, wenn er es für korrupt hielt? Wenn er sich für geschäftliche Unternehmungen eingesetzt habe, so geschah es seiner Ansicht nach immer im Rahmen des allgemeinen Interesses. Er werde für seine Ehre weiterkämpfen. Niemand könne behaupten, daß seine Reden und seine Abstimmungen von seinem persönlichen Interesse beeinflußt waren. Man könne es ihm nicht verargen, wenn er empört sei, daß angesichts einer drastischen Ausnutzung einiger Irrtümer und Ungenauigkeiten in Laufe vieler Jahre rastlosen Wirkens hier dem deutschen Volke ein Bild von ihm vorgehalten werde, wie es verzerrter und abstoßender keine diabolische Phantasie ersinnen könne. Die Auffassung des Oberstaatsanwalts, daß die Verquickung von Politik und Geschäft erwiesen sei, müsse er auf das allerentschiedenste bekämpfen und sie als weltfremd bezeichnen. Die empfehlende Weitergabe eines Gesuches durch einen Abgeordneten bedeute keine unzulässige Beeinflussung. Im Kampfe gegen ihn komme der zähe Kampf der alten Bürokratie und der Ministerien gegen berechtigte Vorstellungen plötzlich einiger Abgeordneten zum Ausdruck. Im Volk habe man den Abgeordneten nicht als ein lästiges, sondern als förderndes, nützendes Element angesehen. Erzberger wendet sich gegen den Vorwurf der Unwahrheit. Er wirft sodann Helfferich vor, daß er seine Meinung über den U-Bootskrieg im Jahre 1917 änderte, weil er Kanzler werden, Frieden machen und das deutsche Volk in eine neue Aera hineinführen wollte. Zum Schluß betonte Erzberger, sein ganzes Sein und Wollen sei dem Volkswohle, der Kirche und den Hilfsbedürftigen gewidmet, unterstützt vom Vertrauen seiner großen Partei und der treuen Wähler in seiner geliebten schwäbischen Heimat.

Helfferich

erwiderte Erzberger, indem er die Behauptung des Nebenklägers zurückwies, daß es ihm an Verantwortlichkeitsgefühl gefehlt hätte. Gegenüber einem Versuch, ihm den jungen Attentäter Hirschfeld an die Rockschöße zu hängen, betont Helfferich mit der größten Bestimmtheit, er mache sich nicht zum Verteidiger des Menschenmörders. In der Sache selbst sei der Wahrheitsbeweis nach Ansicht der Staatsanwaltschaft geglückt. Er sehe dem Urteil mit Ruhe entgegen. Die Lauterkeit seiner Motive bei dem Kampfe gegen Erzberger sei angezweifelt worden. Demgegenüber weise er nochmals darauf hin, daß Erzberger ein Verhängnis für Reich und Volk sei und aus dem öffentlichen Leben verschwunden müsse. Starke Zweifel an der Charakterfestigkeit Erzbergers seien ihm schon vor seinem Fortgange nach dem Orient gekommen. Als er Erzberger im Kriege wiedersah, habe er sofort gegen seine Tätigkeit als Propagandachef die größten Bedenken gehabt. Die erste Julihälfte 1917 sei seine (Helfferichs) furchtbarste Zeit gewesen. In der Regierung wußten damals alle, wie nahe wir dem Frieden waren. Da habe Erzberger mit seiner Friedensresolution eingegriffen. Er (Helfferich) habe den damaligen Wahnsinn vergeblich bekämpft. Einflüsse von ihm und vielleicht auch andere Einflüsse waren stärker als die Vernunft. — Die Verhandlung wurde darauf auf Freitag 9½ Uhr vertagt. Man nimmt an, daß es gleich zur Urteilsverkündigung kommen wird.

Für das Handwerk!

Das dem Preußischen Handelsministerium angegliederte Landesgewerbeamt, Abteilung für Handwerker- und Genossenschaftswesen, hatte am 12. und 13. Februar ds. Js. eine Konferenz einberufen, um zu den aktuellen Fragen des Handwerks Stellung zu nehmen. Zu den Mitgliedern dieser Abteilung gehören die bekanntesten Vertreter des Handwerks und des gewerblichen Genossenschaftswesens aus allen Gauen des preußischen Staats. Zunächst beschäftigte man sich mit der Frage der Neuabgrenzung der Handwerkskammerbezirke im Osten, die durch die Abtretung der größten Teile von Posen und Westpreußen notwendig geworden ist. Praktische Erwägungen werden es als zweckmäßig erscheinen lassen, daß die zurückgebliebenen Teile von Posen und Westpreußen mit angrenzenden Bezirken der anderen Provinzen zu einem neuen Handwerkskammerbezirk, vermutlich mit dem Sitz in Schneidemühl, zusammengefaßt werden. Das uns verbleibende ostmärkische Handwerk dürfte dann dort eine leistungsfähige Vertretung erhalten. Eine eingehende Aussprache fand über die Neuregelung des Lehrlingswesens statt; man kam überein, daß bei der Neuregelung Lehrmeister und Gesellen gleichmäßig beteiligt werden müßten, und daß im übrigen das Lehrverhältnis niemals als reines Arbeitsverhältnis betrachtet werden dürfte, da immer die Erziehung und Ausbildung der Lehrlinge Hauptsache bleiben müsse. Eine der Hauptaufgaben wäre es, bei der Berufsberatung und Stellenvermittlung danach zu trachten, Jugendliche beiderlei Geschlechts einem gelernten Berufe zuzuführen. Bei der Erörterung der besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse und Aufgaben des Handwerks wurde der Wiederaufbaufrage in Nordfrankreich eingehende Beachtung geschenkt. Im allgemeinen beurteilte man die Aussichten für das deutsche Handwerk hierbei nicht übermäßig günstig. Um aber jederzeit imstande zu sein, das Handwerk bei allen staatlicherseits zu vergebenden Arbeiten genügend zu berücksichtigen, wurde die Neuregelung des Verdingungswesens durch das Reich auf der Basis einer Ausgleichsstelle der Bundesstaaten u. Errichtung besonderer staatlicher Auftragsämter als notwendig bezeichnet. Die Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation für das Handwerk wurde von allen Vertretern hervorgehoben. Es wurden Klagen laut, daß die Handwerkergenossenschaften bei der Rohstoffverteilung von Seiten mancher Großhandelsverbände nicht genügend berücksichtigt würden, und sofortige Abstellung dieses Uebelstandes durch die in Betracht kommenden Stellen verlangt. Zu der Frage der Plan- oder freien Wirtschaft wurde eine einheitliche Stellung nicht gewonnen; in jedem Falle aber wurde betont, daß dem Handwerk sowohl als auch seinen öffentlich rechtlichen Vertretungen wie seiner Genossenschaften in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften (Bezirkswirtschaftsräte, Reichswirtschaftsrat usw.) eine hinreichende Vertretung gesichert werden müsse.

Die künftige Einkommenbesteuerung bei Ehelenten.

Der Entwurf des neuen Reichseinkommensteuergesetzes sieht eine Steuererleichterung für Familien in der Weise vor, daß, während für Unverheiratete nur 1000 Mark des Einkommens steuerfrei bleiben sollen, bei Ehepaaren 1500 Mark und für jedes Kind weiter 300 Mark nicht versteuert werden. Dieser die Eheschließung, besonders bei ganz geringem Einkommen, begünstigenden Bestimmung steht die Vorschrift gegenüber, daß die Einkommen von Eheleuten bei der Steuer zusammengerechnet werden. Hierdurch wird die Wirkung des Steuerprivilegs in den meisten Fällen, in denen die Frau auch erwerbstätig ist oder Vermögen besitzt, nicht nur aufgehoben, sondern die Eheschließung steuerlich geradezu bestraft. Es ist dies eine Folge der starken Staffelung der Steuersätze. Angenommen, ein Mann mit 4500 Mark Jahresverdienst heiratet ein Mädchen mit einem solchen von 3500 Mark und die junge Frau will ihren Erwerb fortsetzen, was jetzt häufig vorkommen wird, so beträgt die Steuer, die das Ehepaar nun von 8000 Mark Einkommen entrichten muß, 830 Mark, während der Mann vorher 395 Mk., das Mädchen 270 Mk., beide zusammen also nur 665 Mark bezahlt haben. Erwirbt der Mann in Berufsarbeit jährlich 10 000 Mk. und verfügt die Frau über ein gleich hohes Einkommen aus Kapitalvermögen, so haben die nach dem Grundsatze der „Haushaltungsbesteuerung" künftig zusammenzurechnenden Einkommmen der beiden Ehegatten eine Steuer von 4190 Mark zu tragen, während die gleichen Bezüge, solange die beiden Personen unverheiratet sind, insgesamt nur mit 3340 Mark Einkommensteuer belastet sein würden.

Unsere Eierversorgung.

In einer Besprechung, die kürzlich im Reichswirtschaftsministerium mit Vertretern der Behörden und der Interessenten stattfand, machte Ministerialdirektor Dr. Heinrici einige Mitteilungen über den Stand der Eiereinfuhr. Während im Frieden etwa 4 Milliarden Stück Eier importiert wurden, ging diese Zahl im Jahre 1918 bis auf mehrere Millionen zurück. Im Jahre 1919 nahm die Einfuhr immer mehr ab und hörte vom August vorigen Jahres an gänzlich auf. Die Aussichten auf eine Wiederbelebung sind sehr ungünstig. Das hauptsächlich als Ueberschußgebiet in Frage kommende Polen hat erklärt, nur im Wege eines Staatsvertrages im Austausch gegen andere deutsche Produkte Eier zu liefern. Ebenso liegen die Dinge in der Tschecho-Slowakei, in Holland, der Schweiz und ganz besonders in Dänemark. Die Eierausfuhr von Amerika hat neuerdings begonnen; sie hat Deutschland aber nicht erreicht. Bei Beurteilung der Frage, freie oder zentralisierte Einfuhr unter Anteilnahme des Staates, spricht für letztere der erforderliche hohe Kapitalbedarf und das erhebliche Risiko. Die Versammlung sprach sich auch einstimmig für die vorgeschlagene öffentliche Bewirtschaftung der eingeführten Eier aus. Einzelheiten sollen weiteren Beratungen vorbehalten bleiben. Sehr wünschenswert ist die Förderung der direkten Einfuhr von Trockeneifabrikaten aus China, die sich sehr gut bei der Bevölkerung eingeführt haben, neuerdings aber stark im Preise gestiegen sind. Sehr wesentlich für die inländische Eierversorgung ist natürlich auch die Förderung der heimischen Geflügelzucht, die mit allen Mitteln erstrebt werden muß. Großer Schaden wird der deutschen Geflügelzucht auch durch die unzähligen Hühnerdiebstähle zugefügt und es wäre an der Zeit, recht scharfe Strafen für diese Verbrecher an der Volkswirtschaft einzuführen.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 23. Februar bis 5. März 1920.

Auch die verflossene Berichtwoche war im freien Handel mit Bodenerzeugnissen durch eine bemerkenswerte Ruhe und Stetigkeit der Preise ausgezeichnet. Der hauptsächliche Grund für die Aenderung der Marktlage zeigte sich diesmal in der neuerdings fast allgemeinen Kaufzurückhaltung der Kommunen, deren Anschaffungen sowohl in Hülsenfrüchten aller Art, als auch in Hafer und Hafernährmitteln vorher hauptsächlich das Rückgrat der Wertsteigerungen am Produktenmarkt gebildet hatten. Anscheinend haben die Gemeinden sich für eine gewisse Zeit mit Vorräten versorgt. Sie rechnen jetzt auf bessere Lieferungen von Kartoffeln, weil die Frostgefahr für die Oeffnung der Mieten und den Versand der Frucht vorüber zu sein scheint und erwarten auch vorläufig keine Störung in der Brotversorgung, da die Reichsgetreidestelle ihre Bestände an Brotgetreide gegenwärtig vermehrt. Die Unnachgiebigkeit der Preise von Hafer und Hülsenfrüchten zeigt jedoch, daß die Geschäftslage durch das vorläufige Ausscheiden der Gemeinden als Käufer wohl ruhiger geworden ist, sich aber sonst wenig verändert hat. Für Hafer blieb die Kauflust der Mühlen, besonders der schlesischen Mühlerei bestehen, durch die die Ueberschüsse in der Provinz selbst festgehalten wurden. Die Angebote inländischer Hülsenfrüchte fanden, soweit sie sich auf befriedigende Ware in ganzen Waggonladungen bezogen, ziemlich schlanke Verwendung, dagegen waren die äußerst zahlreichen kleinen Partien, und namentlich solche in kammer Beschaffenheit, schwerer unterzubringen, weil die frühjahrsmäßige Witterung bezüglich der Haltbarkeit der Ware Befürchtungen erweckte, und weil die notwendige Zulagernahme des Materials die verteuernde Umsatzsteuer in Kraft treten ließ. Ausländische Hülsenfrüchte fanden infolge der erwähnten Kaufzurückhaltung der Gemeinden schwerer als vorher Aufnahme, weshalb auch neue Abschlüsse in holländischer Ware nur vereinzelt trotz nachgiebigerer Forderungen zustande kamen. Für Anläufe überseeischer Abladung durch holländische Vermittlung stellte sich der andauernde holländische Hafenarbeiterstreik hindernd in den Weg. Bemerkenswert ist, daß von Nordamerika Offerten in Roggen vorlagen, die sich auf ca. 8000 Mk. pro Tonne frei belgischen und holländischen Häfen stellten. — Die größte Aufmerksamkeit verdient die Beschaffung von Pflanzkartoffeln in diesem Frühjahr. Infolge eines Abkommens zwischen der deutschen und polnischen Regierung besteht die Möglichkeit einer Teilbelieferung von Saatkartoffeln aus Westpreußen etwa eins zu vier. Ob es aber den polnischen Behörden gelingen wird, diese prozentuale Belieferung durchzuführen und zum Abtransport die erforderlichen Wagen zu erhalten, ist noch nicht zu übersehen. Ebenso steht noch die Entscheidung über die Art der Verfrachtung, des Preises und des genauen Verteilungsplanes aus. Aus den deutsch gebliebenen Gebieten besteht eine sehr beschränkte Ausfuhrmöglichkeit.

Für Hafer wurden an der Berliner Produktenbörse am 5. März für 1000 Kgr. auf sofortige Abladung 4750—1800 Mark amtlich notiert gegen 4650—1720 Mk. in der Vorwoche.

Aus aller Welt.

— **Zum Tode verurteilt.** Das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps verurteilte als Berufungsinstanz erneut den Musketier Fichtner zum Tode. Fichtner hatte in der Nähe von Hadersleben mit zwei anderen den Kaufmann Schulz aus Seehausen in der Altmark in bestialischer Weise ermordet und um 15 000 Mark beraubt.

— **Explosion im Pulvermagazin Burg.** Nach einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz." versuchten Diebe, in das Pulvermagazin in Burg bei Magdeburg einzubrechen, wobei eine Explosion entstand, durch die das Magazin vernichtet wurde. Einer der Diebe fand den Tod. Der Materialschaden wird auf einige hunderttausend Mark geschätzt.

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

27. Fortsetzung.

Und dieses Weib strebte lächelnd, mit unschuldvollem Kinderblick auf den blauen Augen, auf ihn zu. Ein schwarzer Schleier umhüllte leicht und duftig das lichtbraune Haar und fiel lang auf die Schleppe ihres Kleides. Ein unsagbarer, süßer, märchenhafter Zauber umfloß die graziöse Gestalt, und in ihrer Stimme klopfte es wie von tausend ungeweinten Tränen, als sie, dem Grafen beide Hände entgegenstreckend, ausrief:

„Reimar! Endlich finde ich dich. Endlich kann ich dir sagen —"

Er winkte abwehrend mit der Hand, ohne stehen zu bleiben.

„Was soll das, Gräfin?" fragte er kurz. „Ich wüßte nicht, was wir uns zu sagen hätten, nachdem unsere Wege sich für immer geschieden."

„Reimar, sprich nicht so zu mir", flehte sie, und große Tränen tratet wie funkelnde Tropfen in Fridrun's Augen. „Du zerreißt mir das Herz, du weißt nicht, wie unsagbar, wie namenlos ich gelitten, du weißt nicht, wie schwer ich gekämpft und heiß die Stunde von Gott erbeten, wo ich dir einen Einblick in mein Herz gewähren durfte. Du hast es aber, so lange du deinen Fuß in dieses unselige Haus gesetzt hast, immer vermieden, mir zu begegnen. In deinen Augen, Reimar, aber habe ich doch gelesen, daß die alte Liebe in dir nicht gestorben ist. Du kannst nicht vergessen, wie ich nicht vergessen kann, all die tausend Wonnen, all der Liebe Glück und Leid! Oft, wenn du dich unbeobachtet glaubtest, sah ich deinen heiß aufglühenden Blick und ich fühlte, daß er mir galt, mir und unserer Liebe, Reimar, die ja nicht gestorben ist, die weder aufblühen wird, wenn wir sie pflegen."

Fridrun hatte, an seiner Seite dahinschreitend, in fieberhafter Angst gesprochen. Wie ein Sturmwind waren die Worte über ihn hingebraust. Jetzt stand er still, und sein gebräuntes Antlitz sah unentwegt in das ihre.

„Sie sind in einem verhängnisvollen Irrtum verfallen, Gräfin Fridrun. Ich liebe Sie nicht, und ich habe Sie auch vielleicht nie geliebt."

Fridrun lachte leise auf, ihr altes, süßes, girrendes, bettelndes Lachen.

„Und das soll ich dir glauben, Reimar? Sehe ich denn nicht täglich, wie du heimlich mein Kind für dich zu gewinnen suchst, wie du glücklich bist, wenn es sein Händchen in das deine schmeichelt, wenn es lacht und mit dir scherzt? Meinst du denn, ich wüßte nicht warum du diesen ganzen schmählichen Handel hier ertingst? Furcht hattest du vor dir selber. Du glaubtest, daß die alten heißen Flammen wieder so schrankenlos emporlodern könnten, wie einst, und du wolltest dich vor dir selbst schützen. Da opfertest du den Gorlingshof und nahmst das talthezige Weib, das sich verkaufte, um leben zu können und meintest, dem Verhängnis einen Riegel vorzuschieben, ohne zu wissen, daß Liebe sich nicht binden läßt und nicht nach Recht und Pflichten fragt.

Aber noch ist es nicht zu spät, Reimar. Die übereilt geschlossene Heirat ist rückgängig zu machen. Undine besitzt zuviel Stolz, um dich zu halten. Jede Stunde wird sie dich freigeben, wenn du es verlangst, und dann, ach, Reimar, dann kann ich endlich die deine sein. Die Tage des Leids sind dann versunken. Du wirst wieder lernen, mir zu vertrauen, du wirst mir glauben, daß nur ein böser Zufall mich damals schuldig scheinen ließ. Du wirst wieder an meine Liebe glauben wie einst, ehe ich in diese Knechtschaft einer schrecklichen Ehe geriet, in die du mich damals, als du dich von mir wandtest, ja förmlich mit Gewalt hineingetrieben."

„Sie schien eine gute Versorgung, diese Ehe", gab der Graf, endlich zu Worte kommend, zurück, „und daß sie es auch tatsächlich geblieben ist, haben Sie, Gräfin, nur dem Opfermut meiner Frau zu verdanken. Das bitte ich, nicht zu vergessen. Ich werde nicht dulden, daß Sie Undine, die nur für Sie, Ihr Kind und für die alte, blinde Frau dort lebt, schmähen, denn ohne Undine wären Sie heute vielleicht noch elender als damals, da ich Sie in den Armen Ihres Liebhabers überraschte, und alle Ihre stolzen Hoffnungen, die sich für Sie an eine Ehe mit mir knüpften, in Trümmer gingen. Für mich ist diese Zeit ausgelöscht, und ich wünsche auch nicht, wieder an sie erinnert zu werden. Wenn ich Ihnen, Gräfin, aber raten darf, so vergessen Sie diese Episode gleichfalls. Nur dann wird es möglich sein, hier gemeinsam im Gorlingshof auszukommen."

„Und wer sagt dir denn, daß ich das will? Hüte dich, Reimar! So glühend ich liebe, so glühend vermag ich auch zu hassen, du hast zu wählen: Das Scheinweib, das hochmütig über dich hinwegsieht und nicht mal so viel Interesse für dich zeigt, wie für den geringsten ihrer Knechte, oder mich, die Märchenfee, wie du mich einst nanntest, die alles Glück der Welt und alle Lust der Erde für dich in ihrem heißen Herzen trägt. Also wähle, Reimar Randolt, aber wähle gut!"

„Ich habe den Glauben an Märchenfeen schon lange verloren. Ich halte mich an die Nebelfrau, den Spuk des Gorlingshofes, die hier über Leben und Tod gebietet, und die auch mein Schicksal in ihren Händen hält."

Graf Reimar hatte die Worte fest und sicher gesprochen. War es aber nicht als klinge es heimlich wie scheue Zärtlichkeit aus dem Ton seiner Stimme?

Mit entsetzten Augen und bleichem, erdfahlem Gesicht sah das junge Weib zu ihm auf.

„Reimar!" schluchzte sie ganz außer sich, und dann sank sie wie hingemäht bewußtlos am Wege zusammen.

Ein pfeifender Ton kam aus Graf Reimars Munde.

Unschlüssig stand er einen Augenblick.

Er wußte, wenn er Fridrun jetzt emporhob, dann würde sie die Arme um seinen Hals schlingen, ihre weichen Glieder an ihn schmiegen und ihm tausend Liebesworte zuflüstern.

Nein, das durfte nicht sein.

Ratlos sah er sich um. Mit blassem Gesicht und halbgeschlossenen Augen lag das schöne Weib wie eine gebrochene Blume zu seinen Füßen.

Da sah Reimar die alte Wirtschafterin da drüben eilig vorübergehen.

„Osberte", rief er gebieterisch, „kommt schnell, Eurer Herrin ist nicht wohl."

Geschäftig eilte die alte Dienerin mit dem Gärtner, den ihr Zuruf herbeilockte, die junge Gräfin ins Haus zu tragen.

Finster sah Graf Reimar der Frau nach, die einst für ihn des Himmels Seligkeit bedeutete, die ihn dann verriet, und die ihn nun nicht lassen wollte, nie lassen würde.

Und es war ihm, als wüchse plötzlich etwas wie glühender, ohnmächtiger Haß gegen dieses Geschöpf in seiner Seele empor, das ihn um seine schönsten Jugendjahre betrogen, das ihn immer in Fesseln gehalten, und das ihn auch jetzt nicht freigeben wollte.

Kühl wehte, wie Schneeluft, der Wind vom Meere herüber.

Langsam, mit gesenktem Haupte ging Graf Reimar ins Schloß, in dem er nur Gast war ein flüchtiger Gast, der vielleicht nie wiederkehrte, wie er plötzlich mit einem seltsamen Schauer empfand.

Vom Felde her klang noch der Schnitt der Sense in den abendlichen Frieden.

Als rücke der Tod näher und näher, so empfand Graf Reimar der Sensen Laut.

Und darüber war ein Duft von wildblühenden Blumen, so süß und schwer. Der hing in den Lüften, und dieser Duft ging mit ihm zum Schlummer jede Nacht.

Graf Reimar graute es vor diesen schwülen einsamen Sommernächten in dem alten Haus.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Verkehrsverein Kamen.

* **Kamen**, 9. März. Den Teilnehmern an den Versammlungen aller Vereine fällt seit einiger Zeit eine allgemeine Versammlungsmüdigkeit auf. Die Versammlungen haben nicht im entferntesten den Besuch aufzuweisen, den man früher stets beobachten konnte. Dies ist zu bedauern, denn mehr als je sollte ein jeder seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen und damit zum Wiederaufbau beitragen. Gerade heute kommt es auf jeden einzelnen an, wenn wir wieder erstarken und gesunden wollen. Unter obigem Zeichen stand auch die Generalversammlung des Verkehrs-Vereins, dessen ernstes Streben ist, unserer Stadt das zu geben, was ihr so lange versagt blieb: Neues und frisches Leben. Und deshalb sollte ein jeder Mitbürger und jede Mitbürgerin den Verkehrsverein durch Beitritt und Teilnahme an den Beratungen unterstützen. Der Bericht über das verflossene Geschäftsjahr wurde von dem Vorsitzenden Herrn Kaufmann Müller gegeben. Er zeigte eine rührige Tätigkeit der ausübenden Faktoren, durch viele Eingaben an Behörden wurden Verkehrs- und andere Verbesserungen erreicht. Wir erinnern nur an die Einlegung des 11-Uhr-Abendzuges von Dortmund nach hier. Viele Fahrgäste, die denselben mit Freuden begrüßen, bedenken sicherlich nicht, welche Mühe und Arbeit es dem Verkehrsverein machte, diesen Zug zu bekommen. Auch viele Verbesserungen bei der Straßenbahn, Anlage von Schuttabladeplätzen (neben dem Schuttabladeplatz in der Ostenfeldmark kann jetzt auch der Edelkirchenhof dazu benutzt werden). Verschönerungen des Stadtparks, des Friedhofs usw. sind auf das Konto des Vereins zu schreiben und zeugen von der unermüdlichen Tätigkeit der Vereinsleitung. Herr Stadtsekretär Weber, der Schriftführer des Vereins, gab die Niederschriften bekannt, gegen die sich nichts zu erinnern fand. Durch Los schieden aus der 1. Schatzmeister, Herr Kaufmann Heinrich Jacobi, und der 2. Vorsitzende Rektor Schubeis. Durch Zuruf wurden diese wie die ausscheidenden Ausschußmitglieder Herren Bürgermeister Dr. Wiesner, Gymnasiallehrer Friedrichs, Gerichtsrat Kneer, Bergrat Funcke und Direktor Hußmann wiedergewählt. Neu in den Ausschuß wurde gewählt Herr Architekt Scherff. In der Debatte wurde gewünscht, bei der Eisenbahn-Direktion Essen zu beantragen, den Schülerzug morgens 7 Uhr von Kamen nach Dortmund wieder fahren zu lassen, weil der 7.40 Uhr planmäßig hier abfahrende Zug nach Dortmund nie pünktlich abfährt und die Schüler- und Schülerinnen erst die Elektrische nach Königsborn benutzen müssen, um beim Beginn des Unterrichtes in Dortmund anwesend zu sein. — Da sich in letzter Zeit wieder der Mangel an Stadtmobeln sehr unangenehm bemerkbar macht, wird der Magistrat gebeten werden, weitere Stadtgeldscheine drucken zu lassen. Ein Antrag, auch 10-Pfg.-Scheine herauszugeben, fand nicht genügende Unterstützung, da man mit 50-Pfg.- und 25-Pfg.-Scheinen auszukommen glaubt. Eindringlich gefordert wurde vom hygienischen und ästhetischen Standpunkt aus die Ausmerzung der abgebrauchten Stadt-Scheine. — In einigen Straßen stehen besonders während der Nachtzeit Lastautos mit Wagen ohne Beleuchtung. Da diese eine Gefahr für die Straßenpassanten bilden, soll die Behörde auf diese Tatsache besonders hingewiesen werden. — Interessante Ausführungen machte Herr Bürgermeister Dr. Wiesner, der als Mitglied des gesetzvorbereitenden Ausschusses an der bekannten Besichtigungsreise teilnahm, über den „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk". Redner verbreitete sich eingehend über die Zwecke und Ziele des Verbandes, über die beabsichtigten Anlagen von Schnellbahnen, Grünflächen, Siedlungen für 100 000 Bergleute, über die Straßenführungen, und kam im Zusammenhang damit auf den Gesträuchverkehr, der nach seiner Ansicht in den nächsten Jahren nicht ab-, sondern zunehmen werde, u. auf den unbedingt nötigen Ankauf von Grundstücken seitens der Stadt, auf die Hebesteuer und auf Verkehrsfragen zu sprechen. Die Stadt und der V.-V. haben im Dezember bei der Eisenbahn Windschutzanlagen für die Bahnsteige gefordert, da letztere nicht genügend Schutz gegen Wind und Wetter abgeben. Die Antwort war: Die Windschutzanlagen sollen hergestellt werden wenn — man höre — die Materialien dazu billiger würden. (Man muß sich wirklich wundern über eine solche Antwort. Millionen-Ausgaben werden gemacht für andere Projekte, hier hat die Eisenbahn nicht einige Hundert Mark über für Holz-Windfänger, die auf jedem andern Bahnsteig zu finden sind, deren Aufstellung die Gesundheit der Fahrgäste erfordert. Es muß erwartet werden, daß die Stadtverwaltung wie der Verkehrsverein nachdrücklichst die Anlage fordert. Die Red.) — Auf verschiedene Mängel bei der Straßenbahn wurde hingewiesen, so daß die Wagen nicht die Zugeingänge abwarten. Es ist mehrfach beobachtet worden, daß die Elektrische abfuhr, obwohl der Zug bereits eingelaufen war. Hier wurde mehr Rücksichtnahme gefordert auf die Benutzer der Straßenbahn, umsomehr, da die Elektrische jetzt nur Halbstundenverkehr hat. Auf die Höhe der Fahrpreise wurde hingewiesen, insbesondere, daß der Fahrpreis innerhalb der Stadt unter Berücksichtigung der kurzen Strecke zu hoch sei. Zur Rentabilität trage bei, wenn der Preis der Fahrstrecke entspreche. Auf der Strecke Unna habe man vor kurzem an einigen Tagen den Halbstunden Verkehr eingeführt, ohne dies vorher bekanntzugeben. Auf den Mangel einer einheitlichen Zeitangabe seitens der öffentlichen Uhren wurde ferner aufmerksam gemacht, die Differenz betrage oft 5—10 Minuten. Dieses habe oft unangenehme Folgen für Reisende usw. — Viele Erdbegräbnisplätze sind arg verwildert und wenig in Ordnung. Die Schönheit unseres Friedhofes erfordert, daß die Besitzer für Instandhaltung sorgen, ganz abgesehen von der Verpflichtung hierzu. Hoffentlich trägt dieser Hinweis zu einer Aenderung bei

* *

Kamen, 9. März. **(Interessengemeinschaft der landwirtschaftlichen Kreisvereine.)** Wie wir hören, sind am 2. d. Mts. die Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Kreisvereine des Industriebezirks, und zwar die Vorsitzenden der Kreisvereine von Bochum, Recklinghausen, Essen, Hagen, Hamm, Gelsenkirchen, Dortmund und Hörde zu einer Besprechung zusammengekommen, bei welcher vorbehaltlich der Zustimmung der betreffenden Generalversammlungen die Gründung einer Interessengemeinschaft der landwirtschaftlichen Kreisvereine des Industriebezirks beschlossen ist. Diese Interessengemeinschaft bezweckt die Vereinigung der genannten Kreisvereine zur Vertretung ihrer gemeinsamen landwirtschaftlichen Interessen zunächst für die Dauer der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft. Ob ein alle Vereine gleichmäßig berührendes Interesse vorliegt, darüber soll im Einzelfalle besonders entschieden werden, wie denn überhaupt die Selbständigkeit der einzelnen Vereine möglichst nicht berührt werden soll. Wird ein gemeinsames Interesse anerkannt, dann sollen die Wünsche und Forderungen der Interessengemeinschaft, insbesondere den mit der Ausführung der Zwangswirtschaft beauftragten Behörden gegenüber mit allem Nachdruck und mit aller Schärfe vertreten werden, wie man denn überhaupt der Ansicht war, daß für die Landwirtschaft an die Stelle des demütigen Bittens die Zeit des Forderns getreten sei. Mit Zwangsmitteln würde genau das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen wolle, und für die Folgezeit käme es mehr auf den guten Willen der Landwirte an, und darauf, der täglich wachsenden Verärgerung wirksam entgegenzutreten. Eingehend wurde Stellung genommen zu den Fragen der Festsetzung der Höchstpreise für Milch und für Kartoffelacker. Auf diesen Gebieten herrschen im ganzen Industriebezirke große Verschiedenheiten, die beseitigt werden müssen. In diesem Sinne werden die angeschlossenen Vereine ihrem Kommunalverbande ihre Forderung unterbreiten. Nachdem des ferneren beschlossen war, in einer Entschließung gegen beabsichtigte Fortsetzung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Futtergetreide, Fleisch, Milch und Zucker energisch Stellung zu nehmen und eine entsprechende Beschlußfassung dem Reichswirtschaftsministerium einzusenden, wurde mit der vorläufigen Führung der Geschäfte der Interessengemeinschaft der Landrat a. D. Overweg, Reichsmark, Kreis Hörde, beauftragt.

(?) **Kamen**, 9. März. **(Verschiedenes.)** Die erste **Prämienanleihe-Verlosung** soll Mitte des Monats stattfinden. Die Stücke waren noch nicht ausgehändigt, und daraus folgerte man, daß die Verlosung verschoben werden müsse. Aber das Reichsfinanzministerium beteuert, daß man auf dem Platze sein werde, daß an eine Verschiebung der Ziehung nicht zu denken sei. Und da sind nun alle Hoffnungen auf Gewinne wieder hochgeschossen und alles spitzt sich nun darauf, was diese Verlosung bringen werde. Man kann heute ja so einen Gewinn so nett gebrauchen. Alle Welt kann ja bei den fortgesetzt steigenden Preisen nicht auskommen, zumal die Notwendigkeit der Einschränkung unserer gesamten Lebenshaltung in den allerweitesten Schichten absolut nicht einleuchten will. Besonders unsere weibliche Jugend, die sich aus ihren Teuerungszulagen so ein nettes Los angeschesselt hat, hofft nun bestimmt als Folge dieser Aufopferung fürs Vaterland einen Gewinn, der für einen hochmodernen Sommerhut, oder noch besser für einen noch moderneren Sommermantel — je verrückter, desto moderner — oder gar für ein schickes Kostüm reicht. Gar nicht auszudenken, was da alles gehofft wird! . . . Nur der Familienvater, der nicht weiß, wie er für die Seinigen die entsetzlich teuren Schuhe beschaffen soll, der wagt nicht zu hoffen; für ihn gibts in dieser Sorgenzeit ja doch keine Erlösung. Für Klubsessel haben wir Leder in Hülle und Fülle. Man braucht sich in den Großstädten nur die Möbellager anzusehen. Aber für Schuhe für die Jugend der Arbeiter und des Mittelstandes! — Na, mögen von unseren Lesern nur recht viel bei der Prämienanleihe Glück haben!

Der Frühlingsmonat März ist da, das Regiment des Winters kann nun in der Hauptsache als beendet gelten. Eis und Schnee sind zwar an und für sich im März nicht selten — 1888 waren bei der Bestattung des alten Kaisers Wilhelm am 16. März 15 Grad Kälte —, aber nachdem sich der Januar und Februar so milde gezeigt haben, ist ein vollenwidriger Seitensprung des März kaum noch zu erwarten. Treibt es doch bereits in den frühen Sträuchern der Gärten und Anlagen, die Kraft der Sonne macht sich schon deutlich bemerkbar. Die Strenge dieses Winters, wo sie sich zeigte, und das vorwiegend in Mitteldeutschland, lag in dem Vorwinter Ende Oktober bis Weihnachten, und im neuen Jahre im Osten. Der Kohlenmangel hat uns aber auch die geringe Kälte fühlen lassen, und deshalb ist jetzt das Aufatmen erklärlich. Nach den reichlichen Niederschlägen des Winters wird sich hoffentlich ein fruchtbarer Frühling einstellen, den wir 1920 sehr gut gebrauchen können.

Der Evangelische Preßverband für Westfalen und Lippe schreibt: **Eine Falschmeldung über die ersten Elternratswahlen** geht z. Zt. durch die Presse. Danach sollen die Wahlen in 29 Großberliner Gemeinden für die Liste der Rechtssozialisten 334, die der Unabhängigen 622 und die der Unpolitisch-christlichen 356 Sitze ergeben haben. Tatsächlich liegen jedoch jetzt die Ergebnisse bis zum 1. März aus 30 Gemeinden Groß-Berlins vor, wonach die Liste der Rechtssozialisten 392, die der Unabhängigen 800 und die der Unpolitisch-christlichen 1219 Elternräte aufweist. Die erste Meldung stellt sich somit als eine Stimmungsmache für die kommenden Wahlen im Lande zugunsten gewisser sozialistischer Schulbestrebungen dar, die also bereits beim ersten Ansturm in Berlin nach dem tatsächlichen Ergebnis Schiffbruch gelitten haben. Es ist eben ein großer Bruchteil auch der sozialistischen Väter und Mütter erwiesenermaßen für eine religiöse Erziehung der Kinder, zum mindesten für Beibehaltung des Religionsunterrichtes in der Schule.

Auf Veranlassung der Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerien findet gegenwärtig eine Erhebung über Löhne und Gehälter im Deutschen Reiche für die in den vier Wochen vom 2. bis 29. Februar d. Js. beschäftigten Arbeiter und Angestellten statt. Vorgesehen ist die Erhebung für verschiedene Betriebe, die sich auf alle Gewerbegruppen und alle Gegenden Deutschlands verteilen, und zwar für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die am Stichtage — den 28. Februar 1920 — beschäftigt wurden. Die Arbeitgeber haben für jeden Arbeiter und Angestellten Fragekarten, die vom Arbeiter bezw. Angestellten unterschrieben sind, und für jeden Betrieb Fragebogen für Lohnstatistik auszufüllen. Die Formulare werden vom „Preußischen Statistischen Landesamt" den Betrieben zugestellt und sind ausgefüllt dorthin zurückzusenden. Inanspruchnahme der Ortsbehörden ist nicht vorgesehen. Die aufgeforderten Arbeitgeber werden auf sorgfältige Ausfüllung der Fragebogen und Einhaltung der in Aussicht genommenen Fristen hingewiesen.

Zur Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse müssen alle Personen, welche keine direkte Aufforderung erhalten haben und deren Vermögen sich seit dem 1. Januar 1914 bis 30. Juni 1919 um mindestens 6000 Mark erhöht hat, im Bezirke des Finanzamts aufgefordert, ihre Steuererklärung nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 6. bis 30. März 1920 schriftlich oder mündlich vor dem Finanzamt abgeben.

(Evangelische Gemeinde.) Auf vielfachen Wunsch finden die Bibelabende während der Passionszeit fortan nicht mehr Freitags, sondern Dienstags statt. Der nächste Bibelabend ist also bereits heute, Dienstag abend im Saale an der Lutherkirche.

Heeren-Werve, 9. März. **(Volksversammlung.)** In der am 3. ds. Mts. vom Lehrerverein Kamen und Umgegend im Wunderschen Saale abgehaltenen Volksversammlung sprach Lehrer Sternitzke-Werve über „Konfessions- und Simultanschule". In seinen Ausführungen begründete er, so wird uns berichtet, die Notwendigkeit der Simultanschule überhaupt und bewies insbesondere ihre Ueberlegenheit über die bisherige Konfessionsschule in unserm Ort, sowie die Möglichkeit ihrer Einrichtung. Eingehend und überzeugend legte er dar, daß Religion und Konfession durch diese Schulart ungefährdet seien. Auch unterzog er die letzten Nummern des hiesigen evang. Sonntagsblattes einer ausführlichen Beurteilung. Gegner meldeten sich in der Aussprache nicht zum Wort.

Heeren-Werve, 9. März. **(Diebesgut gefunden.)** In einem Durchlaß einer Straße in Werve wurde eine Anzahl wertvoller Kronleuchter gefunden, die, wie anzunehmen ist, aus einem Kirchendiebstahle herrühren und von Dieben dorthin geschafft worden sind.

Heil, 9. März. **(Examen bestanden.)** Ernst Schulze-Heil, Sohn der Frau Gutsbesitzer Schulze-Heil, bestand am 1. März 1920 sein Referendar-Examen. Den Doktortitel hat er sich im vorigen Jahre an der Universität in Greifswald erworben.

(b) **Massen**, 9. März. **Ein schwerer Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht vom 5. zum 6. ds. Mts. in dem Hause des Bergmanns Karl Strauß, Friedrichstraße, hierselbst ausgeführt und dabei sämtliche Kleidungsstücke und Schmucksachen im Gesamtwerte von 20 000 Mark gestohlen. Dem Anscheine nach handelt es sich um Diebe, die mit den Verhältnissen eingehend vertraut gewesen sind, denn sie haben die Gelegenheit abgepaßt, als alle männlichen Bewohner des Hauses sich auf der Arbeitsstelle befanden und die Ehefrau allein im Hause war. Hoffentlich wird es der rührigen Polizei bald gelingen, der Diebesgesellen habhaft zu werden.

Brackel, 8. März. **(Lebensmittelausgabe.)** In der Woche vom 7. bis 13. März gelangen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: Auf Warenkarte A 601 = 125 Gr. Marmelade, Preis für die Einheit: 93 Pfg. Auf Warenkarte A 602 = 125 Gr. Grießmehl, Preis für die Einheit: 33 Pfg. Auf Warenkarte A 603 = 125 Gr. Teigwaren, Preis für die Einheit: 31 Pfg. Auf Warenkarte A 604 = 125 Gr. Erbsen, Preis für die Einheit: 1,17 Mk. Auf Warenkarte A 605 = 50 Gr. Schmalz, Preis für die Einheit: 1,20 Mk. Auf Warenkarte A 603 = 100 Gramm Oel, Preis für die Einheit: 2,40 Mk. Auf die Mehl-Einfuhrzusatzkarte Nr. 50 werden 250 Gr. Weizenmehl ausgegeben, Preis für die Einheit 35 Pfg. Die Bezugsscheine für Saatkartoffeln werden ausgegeben für die Gemeinde Assen: Am Dienstag, den 9. d. M., nachmittags von 2—5 Uhr in der Wirtschaft Buck und für die Gemeinde Wickede am Mittwoch, den 10. d. Mts., nachmittags von 2—5 Uhr, in der Wirtschaft Kohlmann. Weitere Bestellungen auf Saatkartoffeln können von heute an nicht mehr entgegengenommen werden.

** **Dortmund**, 8. März. **(Anlage eines Hauptfriedhofes.)** Da die Belegungsfläche der hiesigen Friedhöfe nur noch für 1½ Jahre reicht, sollen, wie die „Rhein. Westf. Ztg." schreibt, die Arbeiten für die Anlage eines Hauptfriedhofes im Stadtteil Brackel jetzt in Angriff genommen werden, zumal bei der möglicherweise bevorstehenden Einstellung verschiedener Industriebetriebe die Stadt mittels der Friedhofsarbeiten zweckmäßige Gelegenheit für Notstandsarbeiten schaffen kann. Das Gesamtgelände des neuen Hauptfriedhofes ist etwa 115 ha. groß und soll in etwa 4—5 Bauabschnitten erfolgen. Für den ersten Abschnitt sind die Anlagekosten auf zwei Millionen Mark angesetzt. Hiervon sollen zunächst 300 000 Mark aufgewendet werden. Bei dieser Gelegenheit soll die Frage gelöst werden, ob es sich empfiehlt, einen besonderen Friedhofsdirektor oder einen Fachmann anzustellen, dem das gesamte Gartenwesen der Stadt übertragen wird. Dieser Gartendirektor würde das städtische Gartenwesen insofern auf eine neue Grundlage zu stellen haben, als es heute in erster Linie darauf ankommt, mehr nutzbares Grün zu schaffen und durch gemeinsame Bewirtschaftung aller städtischen Grünanlagen im Sinne einer Produktionswirtschaft erhebliche Ersparnisse zu erzielen. Der in Frage kommende Ausschuß hat sich zunächst für die Stelle eines Gartendirektors entschlossen, in dem auch das hier stark entwickelte Kleingartenwesen (es gibt hier rund 12 000 Klein-

Mitteilungen des Lebensmittelamtes

der Stadt Kamen.

Verkauf von Rindfleisch auf der Freibank am Mittwoch, den 10. ds. Mts., von 11 bis 11½ Uhr vormittags für die Nummern **241** bis **338**. **969**

gärten gegen 800 vor dem Kriege) eine fachmännische Leitung erhalten soll.

** **Bochum**, 5. März. **In dem vierten Mehlschieberprozeß** wurde der Anklagefall Conze-Hesse erledigt. Der Angeklagte, Kaufmann Paul Hesse, der Schwager des zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilten Reisenden Johannes Winkelmann, hatte in den Jahren 1917 und 1918 nur vom Schmuggelhandel in Lebensmitteln und Brotmarken gelebt. Ihm wurden als Mindestschiebung 200 Zentner Mehl, seiner Schwester, der [illegible] Kaufmann Conze, 80 Doppelzentner Mehl nachgewiesen. Frau Conze wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlerei mit Brotmarken und Höchstpreisüberschreitung zu 1 Jahr Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, ihr Bruder Paul Hesse zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

? **Münster**, 2. März. **Ein schwerer Unglücksfall** wurde auf St. Mauritz durch einen von Jungen aufgefundenen Granatzünder verursacht. Nachdem die Jungen zunächst damit gespielt hatten, warf einer den Zünder gegen eine Mauer. Dabei explodierte der noch gefüllte Zünder und die Splitter trafen zwei Jungen; einer wurde lebensgefährlich verletzt, der andere leicht verwundet.

Siegen, 8. März. **(Raubüberfall.)** In der Nähe von Eisenroth am Waldrand wurde der Steiger Stuck, der einen Geldbetrag von 10 000 Mark zur Auslöhnung der Bergleute bei sich hatte, überfallen und des Geldes beraubt. Man fand Stuck bewußtlos und schwer verletzt kurz nach der Tat. Die Täter sind unerkannt entkommen. St. schwebt in Lebensgefahr.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 9. März. **(Unterhaltungsabend.)** In Gegensatz zu früheren Zeiten, wo die Wähler einer Partei nur kurz vor den Wahlen zusammengerufen wurden, sind die einzelnen Parteien in neuerer Zeit dazu übergegangen, den Parteiangehörigen und -Freunden Stunden der Unterhaltung zu bieten und sie dadurch mehr zusammenzuschließen und enger an die Parteileitung zu bringen. Ein solcher Abend wurde am Sonntag den Mitgliedern und Freunden der Deutschen demokratischen Partei im Nagelschen Saale an der Oststraße geboten. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Lehrer Meckies brachte den Gruß des Willkommens und dankte für den starken Besuch. Der Tag solle der Unterhaltung dienen und sei dem Bedürfnis entsprungen, einander näher zu kommen, und das Band enger zu knüpfen, und man wolle damit den Zweck verbinden, noch fernstehende Parteifreunde dem Verein zuzuführen. Ein gefälliges, abwechslungsreiches Programm kam dann zur Abwicklung. Der Männer-Gesangverein Auguste-Victoria sang unter der abwägenden Leitung seines Dirigenten Herrn Schimmel Lieder von Lenz und Liebe, Heimat und Vaterland, Herr Walter ließ seinen gewaltigen Bariton durch die Wiedergabe Hildachscher Kompositionen glänzen und Herr Burgdorf brachte „Den letzten Gruß" und „Aus der Jugendzeit" zu Gehör. Frau Bürgermeister Dr. Wiesner sang „Ueber Nacht" von Wolf und Schumanns „Aus alten Märchen" feindurchdacht. Besonders das letztere gefiel uns. Die einzelnen Gaben eingehender zu werten, erübrigt sich, da sie nicht im Rahmen eines Konzerts geboten wurden, sie sollten der Unterhaltung dienen und das haben sie getan, noch mehr, die Lieder nahmen die Zuhörerschaft in ihren Bann und zwangen zu freudig gespendetem Beifall. Herr Oberlehrer Dr. Lappe aus Lünen gab einen hochinteressanten Vortrag über den Lebensabend des Freiherrn von Stein auf Cappenberg von 1801 bis zum Tode 1831. Herr Dr. Lappe zeigte sich als eifriger Steinforscher und Verehrer. In den Archiven auf Cappenberg hat er wertvolles Material geschöpft, das bisher den Biographen verborgen blieb. Er zeigte in 1½stündigem, nie ermüdendem Vortrag interessante Bilder, die den Freiherrn von Stein als den unermüdlich schaffenden, bis zum Lebensabend tätigen Mann hinstellten, als den Kunstfreund, als den Wohltäter der Armen und Naturfreund, den echten Forstmann und passionierten Waidmann. Da der Vortragende Episoden, aus Kamen und näherer Umgebung, einflocht, machte dieses die Ausführungen noch interessanter. Zum Schluß wies Herr Dr. Lappe auf die Liebe hin, die Stein dem Westfalenlande entgegenbrachte. Obwohl Rheinländer, bezeichnete er sich stets und mit Stolz als Westfale. Die ruhige, sichere Art und den Stolz der Westfalen liebe ich, so betonte er mehrfach. Und diese Anhänglichkeit, Liebe und Treue, die Stein dem Lande der roten Erde entgegenbrachte, wurde erwidert. Dies zeigte sich besonders bei der Ueberführung der Leiche in die Stadt seiner Väter. Stein war neben Annette von Droste-Hülshoff der erste, der das damalige Vorurteil über Westfalen brach. Wohlverdienter Beifall lohnte den Vortragenden, dessen Ausführungen verdienen, von einem noch größeren Kreise gehört zu werden. Ein flottgespielter Schwank „Das Schwert des Damokles", bei dem Herr Walter den „gebildeten" M[illegible]meister vorzüglich gab, Frau Dr. Wiesner, eine vollwertige [illegible]erin, die ruhig abwägende Frau Meisterin und treusorgende [illegible]sfrau und Mutter ihres Töchterchens Philippinchen (Frl. Schetter), um deren Hand der Schulmeister Stahlfeder (Herr Budde) anhält. Das Schwert des Damokles kam dem Verehrer zu Hilfe, stimmte den Vater und besonders die Mutter um, und der Schulmeister bekam seine Auserkorene. Vergessen sei nicht der Lehrling Fritz (Henny Kupperschlag), dessen witzige Einfälle das Stück sehr belebten. Es wurde allseitig flott gespielt, die Rollen waren fein durchdacht. Reicher Beifall lohnte die Darsteller. Herr Kupperschlag dankte zum Schluß allen Mitwirkenden, aber auch dem Vergnügungsausschuß, wies auf die kommenden Wahlen hin und hoffte auf die Treue. Sein Hoch galt der Deutschen demokratischen Partei.

Kamen, 9. März. **(Vortrag.)** Am Mittwoch wird Frl. Heuken im Verein für Fraueninteressen mit ihrem Vortrag über Säuglingspflege fortfahren. Daran anschließend werden Kindergedichte und Kinderlieder vorgetragen werden. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr: Bibelabend im Saal an der Lutherkirche, Pastor Philipps.

Mittwoch, 10. März, abends 8 Uhr: Passionsgottesdienst in der Lutherkirche mit anschließender Beicht- und reformierter Abendmahlsfeier, Pastor Kochs.

Kamener Lichtspiele

Weststr. 20.

Kamener Lichtspiele Weststr. 20 — Kamener Lichtspiele Weststr. 20.

Vom 9.—11. März:

Gastspiel

der Bek-Film-Operetten-Gesellschaft

(Patent in allen Kulturstaaten)

mit ihrer neuesten Operette:

„Wer nicht in der Jugend küßt"

Operette mit Gesang und Tanz, gesungen von erstklassigen Sängern und Sängerinnen. **3 Herren, 2 Damen.**

Verstärktes Orchester. **Verstärktes Orchester.**

4 Akte. **Suggestion** 4 Akte.

Ein mysteriöser Detektiv-Sensations-Schlager.

Das gewaltigste auf dem Gebiete der Kriminalistik.

Beachten Sie unsere Reklame im Portal.

Donnerstag morgen 10 Uhr: d962

Sonder-Vorstellung mit ungekürztem Programm.

Des starken Andranges wegen bitten wir möglichst die Nachmittags-Vorstellungen, welche Punkt 4 Uhr beginnen, zu besuchen.

Central-Theater
Kamen.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag:

Die gewaltigste Sensation unserer Zeit!

Einer sterbenden Mutter letzter Wunsch

Gefährliche Liebe

Aufsehenerregende Spionage- und Kriminal-Affäre in mehreren Abteilungen.

Dargestellt von den berühmtesten Schauspielern der Gegenwart.

Das Doppelgesicht

Filmspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle:

Friedrich Zelick. Bruno Eichgrün, Hanni Weisse.

„Die Mausefalle"

Zum totlachen. Lustspiel in 3 Akten. Zum totlachen.

Keiner versäume dies hochinteressante Programm.

Anfang 6 Uhr. m963

Bürgerverein.

Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im Hotel Bergheim v965

General-Versammlung.

1. Jahresbericht
2. Kassenbericht
3. Erhöhung der Beiträge
4. Umwahl des Vorstandes
5. Protest gegen Heranziehung der Anlieger zu Straßenbaukosten
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Wiederverkäufer

finden die grösste Auswahl

Zigarren

Rein Uebersee! Rein Uebersee!

Hamburger, Bremer und Bünder Fabrikate.

Preislage von 500 bis 2500 Mark pro Mille.

Zigaretten

nur erste deutsche Fabrikate mit Goldmundstück und ohne Mundstück sehr preiswert.

Hans Dolle, Kamen

Tabakfabrikate

Markt 16. **Markt 16.**

n965

Verordnung.

Im Einverständnis mit dem Regierungskommissar Severing verordne ich für das unter Ausnahmezustand befindliche Gebiet auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 wie folgt:

Die Gastwirte und Besitzer von Saalbauten haben sich vor Abgabe ihrer Räumlichkeiten zu Versammlungen oder Festlichkeiten davon zu überzeugen, daß die Veranstaltung von der zuständigen Behörde gemäß Wehrkreis-Kdo. 1c 2230 vom 12. 1. 1920 genehmigt ist. Die Abgabe von Räumlichkeiten zu nicht genehmigten Veranstaltungen ist verboten.

Verstöße gegen diese Verordnung werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 1920 geahndet.

Wird seitens des Militärbefehlshabers oder der Polizeibehörde vorübergehende Schließung eines Lokales für erforderlich gehalten, so ist dies beim Wehrkreiskommando zu beantragen. Diese Verfügung tritt mit dem 8. 2. 1920 in Kraft.

Münster, den 7. Februar 1920.

Wehrkreiskommando VI.

Der Reichskommissar: gez. Severing.

Der Befehlshaber:

gez. Frhr. v. Watter, Generalleutnant.

Für die Richtigkeit:

Der Chef des Stabes:

Strolscheck, Oberstleutnant.

Abteilung Ic Nr. 2502. 948

Veröffentlicht!

Kamen, den 3. März 1920.

Die Polizeiverwaltung: I. V.: Siegler.

Viehabgabe für den Feindbund.

Mehrfache Anfragen aus landwirtschaftlichen Kreisen lassen erkennen, daß über die Aufbringung der Kühe für den Feindbund noch Unklarheiten bestehen. Es ist beabsichtigt, das Vieh durch freihändigen Ankauf aufzubringen. Erst wenn diese Absicht fehlschlagen sollte, liegt Veranlassung vor, das Vieh durch Verteilung auf die einzelnen Kreise zwangsweise aufzubringen. Der Ankauf der Tiere erfolgt bei den Tierhaltern im Stall gegen Zahlung des Kaufpreises durch Uebergabe eines Schecks und gegen Ausstellung eines vom Viehhandelsverbande gelieferten Schlußscheines durch den Viehhändler. Der Schlußschein dient dem Tierhalter als Ausweis für seine Lieferung. Der Viehhändler hat ferner das gekaufte Tier mit einer vom Viehhandelsverbande gelieferten Ohrmarke zu versehen, deren Nummer auf dem Schlußschein zu vermerken ist.

Die von der Viehhändlervereinigung in den Kreisen bei der Abnahme zurückgewiesenen Tiere sind innerhalb des Kreises an der Verladestelle auf Risiko und Kosten des Viehhändlers öffentlich an Tierhalter der Provinz Westfalen zu versteigern; Viehhändler können als Bieter an den Versteigerungen nur teilnehmen, wenn sie eine Bescheinigung ihres Kommunalverbandes beibringen, daß sie die anzusteigernden Tiere für ihre eigene Wirtschaft als Tierhalter gebrauchen und nötig haben. 954

Hamm (Westf.), den 29. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

Schulze-Pelkum.

Ausnahmegenehmigung

betr. Arbeitszeit in Handwerksbetrieben, welche für die Landwirtschaft tätig sind.

Auf Grund der Ziffer II Absatz 3 der Anordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung vom 23. November 1918 über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, ergänzt durch die Anordnung vom 17. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1334 und und S. 1436) genehmige ich nach Anhörung der Gewerbeinspekteren vorbehaltlich eines jederzeitigen Widerrufs für den Regierungsbezirk Arnsberg folgende Ausnahme von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter:

In handwerksmäßig betriebenen Schmieden, Schlossereien, Stellmachereien, Schreinereien (Tischlereien) und Sattlereien, welche ausschließlich oder vorwiegend für die Zwecke der Landwirtschaft tätig sind, darf die tägliche Arbeitszeit in der Zeit vom 1. März bis zum 31. Oktober bis zu 10 Stunden täglich ausgedehnt werden, wenn den beteiligten Gehilfen und Lehrlingen mindestens zwei Stunden Pausen zwischen den Arbeitsstunden gewährt werden.

In Betrieben, welche von dieser Ausnahmegenehmigung Gebrauch machen, ist ein Abdruck oder eine Abschrift derselben auszuhängen.

Die Bestimmungen der Ziffer VI der Anordnungen, betreffend vorübergehende Arbeiten, welche in Notfällen vorgenommen werden müssen, werden von dieser Ausnahmegenehmigung nicht berührt. 953

Arnsberg, den 23. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Hamm (Westf.), den 3. März 1920

Der Landrat: I. V.: Lambricht.

Hund

zugelaufen, gegen Erstattung der Unkosten ab uholen. 1956

Wilhelm Pforr, Heeren,

Kamenerstraße 131.

1 großer

Spiegel

mit Untersatz zu verkaufen. 1958

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Verein für Fraueninteressen.

Mittwoch, den 10. März, 8 Uhr, im Hotel Biermann:

Vortrag

von **Frl. Henken** über **Säuglingspflege.**

Nichtmitglieder sind willkommen. i966

Der Vorstand.

1 Gänserich

zu **verkaufen,** oder gegen e nen

Enterich

zu **vertauschen.** b976

Bergkamen,

Hindenburgstraße 39

Ein noch gut erhaltener

Ueberzieher

und ein Frauen-

Tuch-Jacket

billig zu verkaufen. 1974

Bahnhofstraße 22.

Kaufe jedes Quantum ausgekämmtes

Frauenhaar

per Kilo 25—30 Mk

Damen-Salon Steinmann,

w Bahnhofstr. 56. 901

Ein kräftiger

Junge

von 14—18 Jahren wird für sofort oder baldigst für die Landwirtschaft gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle. a967

Tüchtiges, evang. Mädchen

von 16—18 Jahr., für Haus u. Garten in kl. Landwirtschaft gesucht. Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Ordentl., zuverlässiges

Mädchen

zum 1. oder 15. April gesucht. a975

Frau Scherff,

Rottumerstraße Nr. 5.

Sauberes, ehrliches

Mädchen

für Haus- und etwas Gartenarbeit (Haushalt, drei Personen) gesucht.

Frau Witwe H. Voß, Kaiserau-Kurl.

Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge

gute Stoffe, la. Verarbeitung, blau, braun, grau und grün.

Arnold Wiemer, Kamen

n968 Fernsprecher 6. Weststrasse 29/30.

Ein ordentliches

Mädchen

bald gesucht. w973

Frau Reinhard,

Schützenhof.

Eine gut erhaltene

Laute

zu verkaufen, Besichtigung 6 Uhr abends.

Wo, sagt die Geschäftst. Kamener Zeitung. n947

Warnung!

Habe auf meinem Pachtland von E. Lethaus, Wernerstraße, für immer **Gift** gelegt.

Wilh. Nunne, Bergkamen,

Ludendorffstr. 8. 960b

4 junge Legehühner 1 Hahn

zu verkaufen. w959

Ostenmauer 28.

Bekanntmachung.

Im diesseitigen Bezirke werden in diesem Jahre an nachstehend bestimmten Tagen Nacheichungen vorgenommen werden:

1. in **Oberaden, Wirtschaft Häsemann,** am 18., 19., 22., 23., 24., 26. März 1920 für die Gemeinden Oberaden, Niederaden, Weddinghofen und Heil,
2. in **Methler, Wirtschaft Sorge,** am 30., 31. März, 6., 7., 8., 9. April für die Gemeinden Westick, Südkamen, Wasserkurl und Methler.

Die Einziehung der Eichgebühren erfolgt direkt bei der Eichung. Zur Einlieferung ihrer Maß- und Wiegegeräte in gehörig gereinigtem Zustande an den Eichtagen sind verpflichtet alle Gewerbetreibenden, die Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte die Ergebnisse von Maß- und Wiegegeräten einer Preisbestimmung zu Grunde legen, die Konsum-Vereine, auch wenn sie nur an die Mitglieder Waren abgeben, sowie auch die Großhandlungen und Fabrikbetriebe, wenn Maß- und Wiegegeräte entweder zur Preis- und Arbeitslohnberechnung Verwendung finden.

Sollte einer oder der andere keine besondere schriftliche Vorladung erhalten haben, so ist derselbe doch verpflichtet, seine Maße und Gewichte zur Nacheichung an dem für die Gemeinden bestimmten Termin vorzulegen.

Unna, den 4. März 1920.

Die Polizeiverwaltung des Amtes Unna-Kamen:

Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Nach § 11 Abs. 1 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 (G.-S. S. 55) sind Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zustehen, auf Antrag des Berechtigten in das Wasserbuch einzutragen. Nach § 11 Abs. 2 desselben Gesetzes erlöschen diese Rechte, mit Ablauf von zehn Jahren, sofern nicht ihre Eintragung vorher in das Wasserbuch beantragt wird.

Die zehnjährige Frist beginnt:

1. in den Fällen des § 8 des genannten Gesetzes mit dem Inkrafttreten des Gesetzes;
2. im Falle des § 9 mit dem Zeitpunkte der Zustellung des Bescheides, in dem der Berechtigte auf diese Folge der Nichteintragung hingewiesen ist, und
3. in den Fällen des § 10 Abs. 1 und 2 mit dem Zeitpunkte des Entstehens der darin genannten Rechte.

Auf Rechte, die im Grundbuch eingetragen sind, finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Gemäß § 380 Abs. 2 des Wassergesetzes in Verbindung mit § 11 Abs. 2 des Fischereigesetzes wird Vorstehendes hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht und gleichzeitig auf die gesetzliche Folge der nicht rechtzeitigen Stellung des Eintragungsantrages hingewiesen.

Arnsberg, den 4. November 1919.

Namens des Bezirksausschusses:

gez. Schwerin. 955